

HH-Stelle	BwSt	DR	ZR	Bezeichnung		Ansatz 2026	Vorschlag von KTF Ansatz-änderung 2026	Vorschlag von KTF Einsparung/ Mehreinnahme	Prüfung Verwaltung Einsparung/ Mehreinnahme	Bemerkung Kämmerei	Bemerkung Fachamt
				Gliederung	Gruppierung						
02400	11010	0110	-	008	Öffentlichkeitsarbeit	30.000	40.000	10.000	10.000	zweckgebundene Einnahmen, stehen im Zusammenhang mit öffentlichen Bekannmachungen im Amtsblatt	wesentliche Mehreinnahmen sind hier nicht zu erwarten - ggf. VHS-Einleger in zwei Ausgaben - ansonsten sind bspw. die Stellenaussagen der Gemeinden in unserem Amtsblatt seit Jahren rückläufig
02400	57300	0110	-	008	Öffentlichkeitsarbeit	30.000	10.000	20.000	20.000	Sonstige Öffentlichkeitsarbeit	höherer Ansatz 2026 begründet sich durch gestiegene Anforderungen aus den Fachämtern, nach einer zielgruppenorientierten OA + gestiegenen Kosten insgesamt
02400	65300	0110	-	008	Öffentlichkeitsarbeit	250.000	235.000	15.000	8.000	Amtsblatt, öffentliche Bekannmachungen	Ausschreibung und Vergabe Amtsblatt für 2026 hat (wie jedes Jahr) bereits stattgefunden - Vergabe zum Preis von 242.000 Euro
06200	57110	0211	-	081	Informations- und Datentechnik	687.000	650.000	37.000	37.000	Softwarewartung und Updates	Softwarewartung - neue Verträge durch neue Programme, z. B. Picture, Juns, alles mit laufenden Verträgen hinterlegt
06200	65100	0211	-	081	Informations- und Datentechnik	20.600	12.000	8.600	0	Fachliteratur - Software	Ausgaben für vertraglich gebundene Fachinformationssysteme auf elektronischen Medien sowie kostenpflichtige Fachonlinezugänge, zusätzliche Kosten für KI Juns und KI Haufe. Zudem werden ertliche Kommentierungen von Papier auf digital umgestellt z. B. Kommunalecht.
06300	65200	0211	-	081	Kommunikationstechnik	172.000	160.000	12.000	0	Telekommunikationsgebühren	mehr Mobilfunkverträge, Telefonie, Beitragsservice/Ausgaben sind mit laufenden Verträgen hinterlegt
06500	52010	0211	-	081	Beschaffung	72.800	65.000	7.800	0	Büromöbel, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenstände	Ersatzmöblierung von Büros erforderlich, Möblierung teilweise 30 Jahre alt und kaputt
06500	65200	0211	-	081	Beschaffung	165.000	130.000	35.000	0	Postgebühren	Steigerung von Porto und Postdienstleistungen/ Postgebühren: Standardbrief von 0,85 € auf 0,95 €; Kompakbrief von 1,00 € auf 1,10 €; Großbrief von 1,60 € auf 1,80 €; Maxibrief von 2,75 € auf 2,90 €; PZA von 2,76 € auf 4,43 €, in der Summe ergibt dies eine Steigerung von 24.300 €. Im Ansatz 2026 wurde jedoch nicht die vollen Mehrausgaben infolge Preiserhöhungen in Höhe von 24.300 € (10.000 € für Briefe und 14.300 € für PZA) in Ansatz gebracht, da durch organisatorische Maßnahmen, u.a. Einsatz Digitalisiers, die Menge und die Versandart der Ausgangspost optimiert werden soll. Statt 24.300 € wurde ein tatsächlich erhöhter Planansatz in Höhe von 15.000 € in Ansatz gebracht. □
06600	53000	0211	-	081	Fuhrpark	85.000	75.000	10.000	0	Leasingraten Fahrzeuge	Ausgaben für bestehende Fahrzeugleasingverträge
06600	55000	0211	-	081	Fuhrpark	110.000	105.000	5.000	0	Haltung von Fahrzeugen	Steigerung bei Wartungs- und Reparaturkosten
03000	65500	0221	-	-	Kämmerei	35.000	22.000	13.000	13.000	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	Steigerung bei Wartungs- und Reparaturkosten, z. B. Stundensatz Werkstätten in 2025 bis 15 Prozent, in 2026 weitere 5 Prozent kalkulier/ Stand 01.11.2025 betragen die Ausgaben auf das Jahr 2025 hochgerechnet 111.430 €. Der ursprüngliche Planansatz in Höhe von 81.000 € wurde weit überschritten und musste im Plan 2026 angepasst werden.
02300	15000	0240	-	-	Rechtsamt	100	14.000	13.900	0	Sonstige Verwaltungs- und	i. O.
											eine einmalige Einnahme aus Gerichtsverfahren in 2025, ist in 2026 nicht zu erwarten



12300	65500	5200	084	-	Aufgaben der unteren Naturschutzbehörde	Sachverständigen-, Gerichts-, u. ä. Kosten	85.000	5.000	80.000	0	Ausgaben für die Fortschreibung und Aktualisierung des Kompensationsflächenpools für den Landkreis Gotha (2026) sowie Apfelstättmonitoring (2021 bis 2026) geplant, der Ansatz kann aufgrund bestehender vertraglicher Verpflichtungen nicht reduziert werden; es sind Ausgaben in Höhe von 44.475,00 € für die Aktualisierung und Fortschreibung des Kompensationsflächenpools und in Höhe von 40.000 € für die 3. Abschlagszahlung zum Apfelstättmonitoring zu leisten.
79200	11000	5300	-	005	Fahrtgelderinnahmen öffentlicher Busverkehr	Fahrtgelderinnahmen Busverkehr	8.000.000	8.200.000	200.000	0	Einnahmen nach Mitteilung NVG entsprechend Betriebsleistungsverträgen und Wirtschaftsplänen der Verkehrsunternehmen
79200	11010	5300	-	005	Fahrtgelderinnahmen öffentlicher Straßenbahnverkehr	Fahrtgelderinnahmen Straßenbahn	2.500.000	2.600.000	100.000	0	Einnahmen nach Mitteilung NVG entsprechend Betriebsleistungsverträgen und Wirtschaftsplänen der Verkehrsunternehmen
50100	10000	6100	-	-	Gesundheitsamt	Verwaltungsgebühren	22.000	27.000	5.000	5.000	Die Ansatzverringerung gegenüber der Vorjahre ergibt sich aus der Trennung von Leistungen des Gesundheitsamtes (bspw. Neuschaffung der HH-Stelle 01.50100.10030) im Sinne des Grundsatzes der Haushaltsklarheit. Eine Erhöhung des Haushaltsansatzes ist natürlich möglich, allerdings beruht der durch das Gesundheitsamt gemeldete Ansatz auf pflichtgemäßen Schätzungen i. S. d. § 7 Abs. 1 ThürGemHV. Eine Gewähr für die Vereinnahmung einer etwaigen Erhöhung kann nicht übernommen werden.
50100	10020	6100	-	022	Gesundheitsamt	Gebühren für Wasserproben	60.000	65.000	5.000	0	Zweckgebundene Einnahmen, stehen in Zusammenhang mit den Ausgaben für Wasserproben 01.50100.60020 (Einnahmen = Ausgaben)
50100	65510	6100	-	025	Gesundheitsamt	Vergütungen an Dritte für Belehnungen nach dem IFSG	14.000	10.000	4.000	0	Ausgaben stehen in Zusammenhang mit den Einnahmen aus Verwaltungsgebühren für Belehnungen nach dem IFSG. Reduzierung der Ausgaben bedeutet auch Reduzierung der Einnahmen.

Anlage Änderungsantrag der CDU/FDP-Kreisstagsfraktion

Auswertung der Verwaltung

54000	71800	6100	-	-	sonstige Einrichtungen und Maßnahmen der Gesundheitspflege	Zuschüsse für lfd. Zwecke	404.600	360.000	44.600	0	Ansatzserhöhung ergibt sich aus Bedarfsminderung der SIT gGmbH und steht unter Vorbehalt der Vertragsänderungsunterzeichnung durch den Landrat.	Die Ansatzserhöhung ergibt sich aus der vertraglichen Verpflichtung. Die Vertragsunterzeichnung durch den Landrat erfolgte am 02.10.2025 und sieht Zahlungen für das Haushaltsjahr 2026 in der durch das Gesundheitsamt gemeldeten Höhe vor.
50200	10000	7100	-	-	Veterinär- und Lebensmittelüberwachung	Verwaltungsgebühren	25.000	28.000	3.000	15.000		i. O.
								16.460.100	16.158.000	1.209.900	184.000	